

Weniger Krankenstände, mehr Überlastung

Österreich: Kapitalfraktion fordert strengere Kontrollen. ÖGB und Arbeiterkammer warnen vor Arbeitsdruck

Von Jens Walter

Die durchschnittliche Dauer von Krankenständen in Österreich geht kontinuierlich zurück und befindet sich auf einem neuen Tiefststand. Das geht aus den am Donnerstag von der Statistik Austria veröffentlichten Krankenstandsdaten für 2025 hervor.

Konkret zum Zahlenwerk: 9,1 Tage dauerte der durchschnittliche Krankenstand im Vorjahr. 2024 waren es 9,2 Tage, 2023 9,4. Zum Vergleich: Im Jahr 1965, dem ersten hier erfassten Jahr, lag dieser Wert mit 18,6 Tagen mehr als doppelt so hoch.

Politische Akteure reagierten unterschiedlich auf die Befunde. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) begrüßte am Donnerstag in einer Stellungnahme zwar den Rückgang der durchschnittlichen Krankenstandsdauer, warnte aber vor einer »trügerischen Entspannung«. Die steigende Polarisierung zwischen sehr kurzen und sehr langen Krankenständen zeige, dass Prävention und betriebliche Gesundheitsprogramme weiter stark ausgebaut werden müssten.

So wie der ÖGB verweist auch die Arbeiterkammer (AK) per Aussendung auf die Problematik, wonach viele Beschäftigte trotz Krankheit arbeiten. »Wer krank ist, muss die Möglichkeit haben, sich auszukurieren«, so Ines Stilling, AK-Bereichsleiterin Soziales, gleichentags in einer Pressemitteilung.

Was den von der Statistik gemeldeten Rückgang bei den Krankenstandszahlen betrifft, sei jeder verhinderte Krankenstand »grundsätzlich eine gute Nachricht«. Gleichzeitig dürfe man die Ursachen von Erkrankungen nicht aus den Augen verlieren, so Stilling: »Arbeitsdruck, Personalmangel und steigende psychische Belastungen sind für viele Beschäftigte nach wie vor Alltag.« Notwendig seien deswegen auch Rahmenbedingungen, »damit Menschen gar nicht erst krank werden«.

Die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) hingegen betont die Kosten für Unternehmen. Jeder verlorene Arbeitstag verursache mindestens 300 Euro, meinte WKO-Sozialpolitiker Rolf Gleißner am Donnerstag gegenüber Pressevertretern. Die Kammer fordert daher strengere Kontrollen und eine konsequentere Bekämpfung von vermeintlichem Krankenstandsmissbrauch.

Auch die Sozialversicherungsträger melden sich zu Wort. Der Dachverband betont, dass Langzeitkrankenstände enorme volkswirtschaftliche Kosten verursachen – bis zu 14,7 Milliarden Euro pro Jahr, wie Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen. Eine Reduktion der Langzeitfälle um nur zehn Prozent würde rechnerisch über 7.000 zusätzliche Arbeitskräfte freisetzen. Der Dachverband fordert daher eine stärkere Konzentration auf die drei Hauptkrankheitsgruppen sowie den Ausbau der Wiedereingliederungsteilzeit.

Unterstützung erhält die WKO dabei von Teilen der »Zuckerl«-Koalition aus konservativer ÖVP, SPÖ und neoliberalen Neos: Vertreter der Konservativen verweisen auf das Regierungsprogramm, das bereits schärfere Regeln vorsieht – etwa häufigere ärztliche Bestätigungen ab dem ersten Tag und eine bessere digitale Erfassung von Krankenständen.

Die SPÖ stellt sich klar gegen eine Verschärfung der Kontrollmechanismen. Sie argumentiert, dass der Fokus auf Missbrauchsbekämpfung ein falsches Bild zeichne: Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten verhalte sich korrekt, während die eigentlichen Probleme – hoher Arbeitsdruck, Personalmangel und psychische Belastungen – politisch nicht ausreichend adressiert würden. Die Partei fordert daher eine nationale Präventionsstrategie, mehr Mittel für Arbeitsinspektionen und eine Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Die oppositionellen Grünen wiederum verweisen auf die wachsende Bedeutung psychischer Erkrankungen. Sie fordern eine »Mental-Health-Offensive« im Arbeitsleben, inklusive verpflichtender Gefährdungsbeurteilungen psychischer Belastungen und mehr niederschwelliger Angebote in der Primärversorgung. Zudem drängen sie auf eine bessere Verzahnung von Arbeitsmedizin und öffentlichem Gesundheitswesen.

Insgesamt zeigt sich: Die sinkende durchschnittliche Dauer von Krankenständen ist nur ein Teil der Realität. Die politischen Konfliktlinien verlaufen zwischen Prävention und Kontrolle, zwischen Arbeitsdruck und wirtschaftlichen Kosten – und damit zwischen Beschäftigten, die sich krank zur Arbeit schleppen, und Unternehmern, die diese Entwicklung als Erfolg verkaufen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/527917.arbeit-versus-kapital-weniger-krankenstände-mehr-überlastung.html>